



Interviews

Datum: 28.12.2023

Christine Bergmann, ehemalige Bundesfamilienministerin, im Gespräch mit Maria Grunwald

Grunwald: Wie wichtig es ist, Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen aufzuarbeiten, Opfer anzuhören, zu schützen, Täter zur Rechenschaft zu ziehen, all das ist in Deutschland eigentlich erst seit 2010 im gesellschaftlichen Bewusstsein angekommen. 2010 wurde bekannt, dass katholische Ordensträger in den 70er und 80er Jahren zahlreiche Schüler am Canisius-Kolleg in Berlin missbraucht hatten. Der öffentliche Aufschrei war groß. Er brachte vieles ins Rollen. Er veränderte die Wahrnehmung. Gerade innerhalb der Kirchen, aber auch in anderen Einrichtungen oder bei Sportvereinen wurde genauer hingeschaut, wurden mehr Fälle sexuellen Missbrauchs an Kindern bekannt. So etwas wie eine Aufarbeitung begann. Wie ist diese Aufarbeitung mehr als 20 Jahre später trotz all der Vertuschungsversuche von verantwortlichen Stellen vorangekommen? Wir ziehen Bilanz mit einer der Politikerinnen, die sich mit als Erste der Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs verschrieben hat. Am Telefon begrüße ich die SPD-Politikerin und ehemalige Bundesfamilienministerin Christine Bergmann, guten Morgen.

Bergmann: Ja, schönen guten Morgen.

Grunwald: Frau Bergmann, als Konsequenz aus dem Missbrauchsskandal von 2010 am Canisius-Kolleg in Berlin schuf die Bundesregierung das Amt der unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. Sie waren die erste unabhängige Beauftragte. War das nicht schon damals, also 2010, ein längst überfälliges Amt?

Bergmann: Natürlich war es das, denn wir haben ja dann sehr schnell gemerkt, welches Ausmaß eigentlich an sexualisierter Gewalt gegen Kinder in den vergangenen Jahrzehnten oder kann man fast sagen Jahrhunderten vor sich gegangen waren. Das heißt also, es war notwendig es in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Thema war natürlich sehr stark tabuisiert. Es ist kein angenehmes Thema. Es sind betroffen vor allen Dingen eben auch Kinder, wie wir es zuerst mitgekriegt haben, aus dem kirchlichen Bereich, vor allem die Katholische Kirche, die sich natürlich auch gewehrt hat gegen Aufklärung schon erst mal. Das war ja am

Anfang noch keine wirkliche Aufarbeitung. Es ging erst mal darum, zu sehen, was ist denn da überhaupt passiert, also aufzuklären.

Grunwald: Hätten Sie damals oder haben Sie damals geahnt, dass Ihre Aufgabe so mühselig und zäh werden würde?

Bergmann: Habe ich nicht geahnt. Also, dass es kein einfaches Thema ist, das war mir klar. Ich hatte mich mit dem Gewaltthema ja schon immer befasst, auch mit gewaltfreier Erziehung. Und Sie wissen, wie sehr diese in der Kindheit erfahrene Gewalt, egal welche, eben das Leben beeinflusst. Aber welches Ausmaß auch an sexualisierter Gewalt gegen Kinder in der Gesellschaft da ist und lange, lange eben verschwiegen und vertuscht wurde und unter Umständen wurde die Schuld sogar noch den Kindern zugeschoben, das habe ich eigentlich erst mitbekommen als unabhängige Beauftragte, als, nachdem wir eine telefonische Anlaufstelle eingerichtet haben, plötzlich Menschen anfangen zu sprechen. Und das waren innerhalb von ein paar Monaten dann 20 000, die also erst mal nur gesagt haben, mir ist das auch passiert. Und am Telefon kann man ja keine längeren Gespräche dann führen, aber mit den Psychotherapeuten überhaupt erst mal anfangen, ins Gespräch zu kommen. Also, das war schon, ja, das war schon irgendwo ein Schock, glaube ich.

Grunwald: Und das Wichtigste war dann, höre ich raus, erst mal zuhören, das Anhören der Betroffenen.

Bergmann: Zuhören, ja – ja. Das ist nach wie vor das Wichtigste, finde ich. Zuhören, zu wissen, was ist da eigentlich passiert und warum ist das passiert. Und wer hat eigentlich gehandelt im Umfeld oder eben auch nicht gehandelt? Wer hätte eigentlich handeln müssen? Denn viele Betroffene haben ja immer wieder gesagt, eigentlich haben wir immer Signale ausgesendet, aber niemand wollte es wissen. Niemand wollte es wissen. Weder in den Familien noch in den Institutionen.

Grunwald: Und würden Sie sagen, die Katholische Kirche in Deutschland, der vorgeworfen wird, sich ja noch heute schützend vor Täter in den eigenen Reihen zu stellen, war/ist der Hauptgegner, der Hauptwidersacher?

Bergmann: Na, wenn wir uns die Statistik angucken und das, was bei uns in der Kommission bei den vertraulichen Anhörungen eben anfällt, das sind ja keine repräsentativen Unter-

suchungen. Also, da braucht man natürlich noch sehr viel mehr Wissen über die Häufigkeiten insgesamt. Aber bei uns sind überwiegend die Familienfälle. Das muss man auch immer wieder wissen. Es sind etwa bei den Fällen – und das sind mittlerweile gut 2 500 Anhörungen oder auch Berichte – sind etwa 70 Prozent davon familiäre Fälle. Und die sind relativ wenig eigentlich im öffentlichen Gespräch auch. Aber wenn es an die Institutionen geht, da ist natürlich schon die Katholische Kirche vorn dran. Bei ihnen fingen ja natürlich auch die ersten Fälle an und da ist relativ nachgebohrt worden schon in vielerlei Weise. Es gab diese Erklärung zwischen dem unabhängigen Beauftragten, meinem Nachfolger, und der Kirche usw. Aber nach wie vor, Sie sind ja Medienfrau, Sie wissen ja, immer wieder kommen Fälle, wo eben immer noch vertuscht wird. Es passiert immer noch, aber eben auch nicht nur in der Katholischen Kirche.

Grunwald: Nicht nur in der Katholischen Kirche. Ich bleibe trotzdem noch einmal bei dem Beispiel, weil es so hohe Wellen geschlagen hat und die Aufarbeitung soll da ja eigentlich vorangehen in der Katholischen Kirche. Es gibt zwar in einigen Bistümern Untersuchungen und es gibt Missbrauchsgutachten, aber diese Gutachten werden selbst von der Kirche in Auftrag gegeben. Wie glaubwürdig ist eine Aufarbeitung, die von der betroffenen Institution selbst bestellt wird?

Bergmann: Aufarbeitung muss unabhängig sein. Also, das ist eigentlich eine Voraussetzung für eine glaubhafte Aufarbeitung. Und das, was bisher passiert ist, ist ja wichtig. Es sind ja viele Gutachten gemacht worden, die sind immer noch keine Aufarbeitung. Da geht es ja erst mal nur darum, Akten durchzugucken oder was in den jeweiligen Gutachten ja in unterschiedlicher Weise gemacht wurde. Meistens enthalten die Gutachten dann Empfehlungen für die Aufarbeitung. Wie muss eigentlich, an welchen Stellen muss aufgearbeitet werden? Und dann haben die Diözesen ja ungefähr, glaube ich, in 21 Diözesen gibt es unabhängige Kommissionen zur Aufklärung. Und die laufen sehr unterschiedlich. Und da gibt es schon die Kritik, dass die nicht so ganz unabhängig sind, denn am Ende muss eben auch eingesetzt werden vom Bischof, aber der natürlich nicht die ganzen Mitglieder der Kommission bestimmt. Also, das hängt sehr davon ab, in welcher Weise sich die anderen Beteiligten ... auch die Länder müssen ja dann Mitarbeiter schicken in die Aufarbeitungskommission, Betroffene müssen beteiligt werden. Also, hier ist noch reichlich zu tun, um Unabhängigkeit zu garantieren und vor allen Dingen die Betroffenenbeteiligung zu garantieren, in einer Form, wie es den Betroffenen eigentlich wirklich zukommt.

Grunwald: Die Kritik an solchen Gutachten, die von der Kirche in Auftrag gegeben werden, die nimmt ja zu. Das ist eine große Kritik. Auch von den Opferverbänden wird sie gefordert. Gefordert wird eine übergreifende, wirklich unabhängige Untersuchung mit staatlicher Unterstützung, so etwas wie eine Wahrheitskommission eingesetzt vom Bundestag. Wie stehen Sie dazu? Brauchen wir das unbedingt?

Bergmann: Also, was wir brauchen ... Wahrheitskommission – es ist ja jetzt schon sehr viel Zeit vergangen und es wird an manchen Ecken ja natürlich jetzt auch aufgearbeitet, auch nicht immer schlecht, muss man auch dazusagen. Aber was wir vor allen Dingen brauchen, würde ich sagen, der Staat kann sich nicht rausziehen. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die unabhängige Aufarbeitung gewährleisten.

Grunwald: Zum Beispiel?

Bergmann: Zum Beispiel wie die Kommissionen zusammengesetzt werden. Da muss also sehr viel mehr Kontrolle passieren. Wie die Betroffenen beteiligt werden und vor allen Dingen – das ist, glaube ich, wichtig – wir brauchen dringend eigentlich ein Recht der Betroffenen auf Aufarbeitung. Das heißt auch, dass Betroffene unterstützt werden bei ihrer eigenen Aufarbeitung. Das gibt es bisher nicht. Die Arbeit ist alles auf, ja, nicht auf wirklich rechtlichen Grundlagen. Da tut sich im Moment einiges. Hoffen wir, dass es erfolgreich ist. Aber es muss klar sein, die Betroffenen brauchen ein Recht auf Aufarbeitung. Das heißt, ihnen muss dabei auch Hilfe gewährleistet werden, auch bei der Akteneinsicht. Sie brauchen Akteneinsicht. Ganz wichtig. Dann kann man wirklich über Unabhängigkeit reden, wenn Akten auch wirklich alle offengelegt werden und nicht unbedingt nach Belieben. Und das muss aber auch wirklich rechtlich geregelt werden. Und die Institutionen müssen verpflichtet werden zur Aufarbeitung. Und es muss auch eine Kommission geben, wie wir sie jetzt auch nennen, ob das die ist, in der ich jetzt war, die eben auch die Möglichkeit besitzt, einer Institution die Aufarbeitung sozusagen abzuverlangen und auch ein Stück Kontrolle, ein Monitoring durchzuführen usw., damit die Dinge, die jetzt laufen, dann wirklich auch mit einem Stück staatlicher Kontrolle – und der Staat hat da eine Kontrollpflicht, er hat eine Schutzpflicht gegenüber den Kindern.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.